

François Benoy

„Erpressungsversuche einer grünen Lobby“?

Über die aktuelle Reform der EU-Agrarpolitik, die Lobbyarbeit der Nichtregierungsorganisationen und die europaweite „Go Meet a Deputy“-Kampagne

Am 13. März 2013 sind in Straßburg die Würfel gefallen: Die EU-Parlamentarier stimmten an diesem Tag über die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) für die nächsten sieben Jahre ab. Nun wird im Trilog zwischen Kommission, Rat und Parlament verhandelt. Anfang März haben einige luxemburgische Nichtregierungsorganisationen (NGO's) entschieden, den EU-Agrarlobbyisten das Spielfeld nicht einfach zu überlassen und sich kurzerhand an die luxemburgischen EU-Abgeordneten gewandt.

„Public Money for Public Goods“

Etwa 60 Milliarden Euro lässt sich die EU ihre Agrarmaßnahmen jährlich kosten (knapp 40 % des gesamten europäischen Haushaltes), soviel gibt Brüssel für nichts Anderes aus. Die Landwirtschaft hat bekanntlich einen ungeheuren negativen (hoffentlich aber irgendwann positiven) Einfluss auf die Biodiversität, das Klima, die Beschäftigung, die ländliche Entwicklung, die Länder des sogenannten Südens, usw.

Daher ist die Position der NGO's klar: „Public Money for Public Goods“. Die EU soll und muss sich ihre Landwirtschaftspolitik etwas kosten lassen, allerdings müssen die Gelder im Sinne der

Gemeinschaft genutzt werden. Subventionen sollen daher statt wie bisher mit der Gießkanne pro Fläche oder pro Hightech-

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen erkennen, dass ein großer Teil der Politik auf der undurchsichtigen EU-Bühne gemacht wird und dürfen dies nicht länger ignorieren.

Maschine, an umwelt- und artgerechte Bedingungen gekoppelt („Greening“...) oder zur Unterstützung der Beschäftigung im Sektor eingesetzt werden. Auch darf unsere Landwirtschaft keine negativen Auswirkungen mehr auf die Entwicklungsländer haben (z. B. durch Exportsubventionen).¹

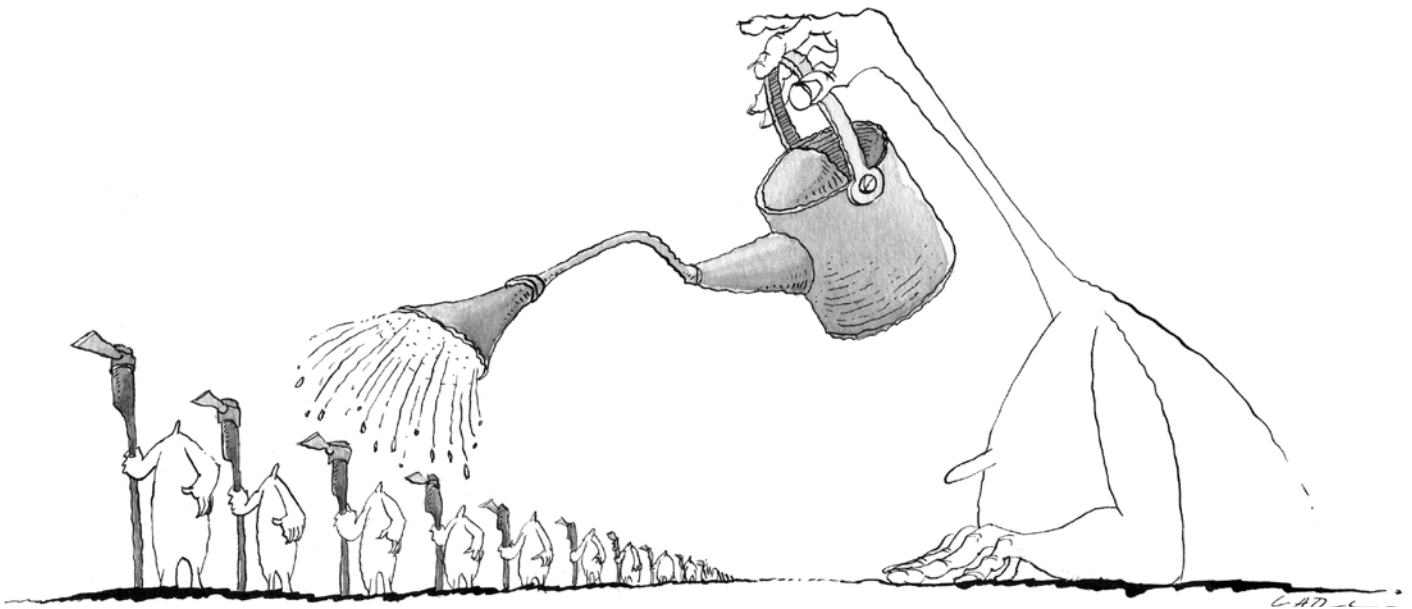
Eine TNS-Umfrage² in sechs ausgewählten EU-Ländern für die Naturschutzorganisation WWF, welche Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurde, hat ergeben, dass knapp 80 % der Menschen Subventionen für nachhaltige und ländliche Landwirtschaft wollen. 90 % der Befragten war es wichtig bzw. sehr wichtig, dass die Landwirtschaft sich für die Subventionen im Gegenzug um die öffentlichen Güter kümmert.

Subventionen nur mit Gegenleistung

Im Herbst 2011 ließ der Agrarkommissar Dacian Ciolos die Katze aus dem Sack und präsentierte die Vorschläge der Kommission zur zukünftigen Agrarreform. Auch wenn die Vorschläge des Kommissars keine Revolution darstellten, so brachen sie doch stellenweise mit dem bisherigen Motto der europäischen Agrarpolitik der „Subventionen pro Fläche“. Kommissar Ciolos schlug deutlich verbindlichere Gegenleistungen, zwecks mehr Artenvielfalt, Klima- und Umweltschutz vor. Schnell avancierte er so zum Hauptfeind der Agrar- und Chemielobby. Am meisten profitierte nämlich die flächenstarke und extrem gewinnorientierte Agrarindustrie von den EU-Direktzahlungen und nicht die bäuerlich-ländlichen Betriebe. Die Konsequenzen dieser Politik sind bekannt: Umweltverschmutzungen, katastrophale Tierhaltung, Nahrungsmittelskandale, usw.

Im Laufe des letzten Jahres liefen die etablierten Bauernverbände und die Agrarindustrie Sturm gegen die zaghaften Vorschläge der Kommission in Richtung

François Benoy ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er arbeitet als Koordinator bei natur&mwelt asbl.



Grünung. Vom EU-Ministerrat erwartete sich die Zivilgesellschaft nicht viel, denn dort versuchen die Mitgliedsstaaten vor allem ihre industriellen Interessen zu verteidigen. Die Hoffnungen der NGO's lagen deshalb auf dem Europäischen Parlament (EP) und seinen direkt gewählten Volksvertretern, welche bei dieser GAP-Reform erstmals mitentscheiden konnten. Doch die Abstimmung am 24. Januar 2013 im Agrarausschuss zeichnete ein anderes Bild, denn die Mehrheit seiner Abgeordneten vertrat einen noch härteren Kurs als der Ministerrat ...

Zivilgesellschaftliche Lobbyarbeit

In der Abstimmung im EP am 13. März 2013 sahen die NGO's die letzte Chance, das „Greening“ des Kommissar Ciolos gegen den vermeintlich parteiübergreifenden Kompromiss der Agrarkommission zu verteidigen. Mit der Kampagne Go M.A.D. (Go Meet a Deputy) rief ARC2020³ und ihre europaweiten Bündnispartner die Zivilgesellschaft dazu auf, „ihre“ Europaabgeordneten zu treffen, ihnen von den Vorschlägen des Agrarausschusses abzuraten und im Gegenzug die Positionen der Kommission oder des Umwelt-, bzw. des Entwicklungsausschusses zu vertreten. Dazu wurde ihnen eine konkrete „Voting-Liste“ überreicht.

„Die meisten Europaabgeordneten verstecken sich hinter den sogenannten Experten ihrer Fraktionen und haben den Kontakt zum Bürger vollkommen verloren. Die Bürger hingegen sind als Betroffene die besten Experten! Die Imker sehen ihre Bienen sterben, die Kleinbauern erleben täglich die Persionen der EU-Agrarpolitik und die Konsumenten merken was nicht stimmt“, stellt Stephanie Danielle Roth, Kampagnen-Koordinatorin bei ARC2020 fest, „Mit Go M.A.D. haben wir den Europaabgeordneten klar gemacht, dass es keine Ausreden gibt. Sie sitzen in Straßburg um die Interessen des Volkes zu vertreten, also müssen sie sich auch um die Belange der Bürger und nicht der Agrokonzerne à la Syngenta und Bayer kümmern!“

In Luxemburg schlossen sich kurzerhand u. a. natur&mwelt, Bio-Lëtzebuerg und ASTM zusammen⁴, um in der heißesten Phase vor der Abstimmung über die GAP-Reform die luxemburgischen EU-Abgeordneten zu treffen und ihnen ihre „Voting-List“ zu unterbreiten. Charel Goerens (ALDE) versprach etwa für ein Monitoring der globalen Auswirkungen zu stimmen und Claude Turmes (Grüne/EFA) unterstützte die NGO's in allen Punkten. Besonders interessant waren allerdings die Unterredungen mit Georges

Bach und Frank Engel (EVP), die zudem sich nicht prioritär mit dem Thema Landwirtschaft zu beschäftigen und versprachen, sich vor der Abstimmung nochmals ernsthaft mit den GAP-Reformvorschlägen und den vorliegenden Anträgen auseinanderzusetzen. Wurden sie durch das Treffen etwa dazu animiert, nicht einfach der Abstimmungsempfehlungen ihrer Fraktion bzw. des Agrarausschusses zu folgen? Für Georges Bach (EVP) trifft dies sicherlich zu, denn er hat mehrmals gegen seine Fraktion und für die NGO-Positionen gestimmt (siehe dazu den Kasten: Abstimmungsempfehlung der NGO's zur GAP-Reform und das Votum dazu im Europaparlament, S. 49).

Robert Goebbels (S&D) ließ die Go M.A.D.-Anfrage unbeantwortet und Astrid Lulling (EVP) mailte, sie könne kein Treffen mehr vor der Abgabefrist der Anträge im Agrarausschuss organisieren. Es scheint als hätten diese beiden Europaabgeordneten sowieso keine Lust auf ein Treffen mit der Zivilgesellschaft gehabt: Goebbels unterstrich auf RTL-Radio⁵ es ginge hier um Landwirtschafts- und nicht um Umweltpolitik, und Lulling zeigte sich im *Luxemburger Wort*⁶ „entsetzt über die Erpressungsversuche von nicht-staatlichen Organisationen und einer grünen Lobby“⁷.

Wird die Politik in Brüssel und die NGO-Arbeit in Luxemburg gemacht?

Immer wieder stellen politische Beobachter fest, dass die Politik vermehrt in Brüssel bzw. Straßburg und nicht mehr von den nationalen Regierungen und Parlamenten bestimmt wird. Diese Analyse wird je nach Betrachter variieren und positiv oder negativ gedeutet werden – leugnen kann man diese Entwicklung allerdings nicht. Auch nicht für die Landwirtschafts- und Umweltpolitik.

Der Europabgeordnete Claude Turmes (Grüne/EFA), langjähriger Referent des Mouvement Ecologique für internationale Angelegenheiten, geht etwa davon aus, dass Umwelt- und Energiepolitik zu 90 % über EU-Richtlinien gestaltet wird und kritisiert die NGO's, dass sie die europäische Dimension zu stark ausblenden würden.⁸ Im Interview mit *forum*⁹ bestätigt die Präsidentin des Mouvement Ecologique Blanche Weber, dass ihre Organisation „keine professionellen Kompetenzen zur EU-Politik“ habe. „EU-Politik

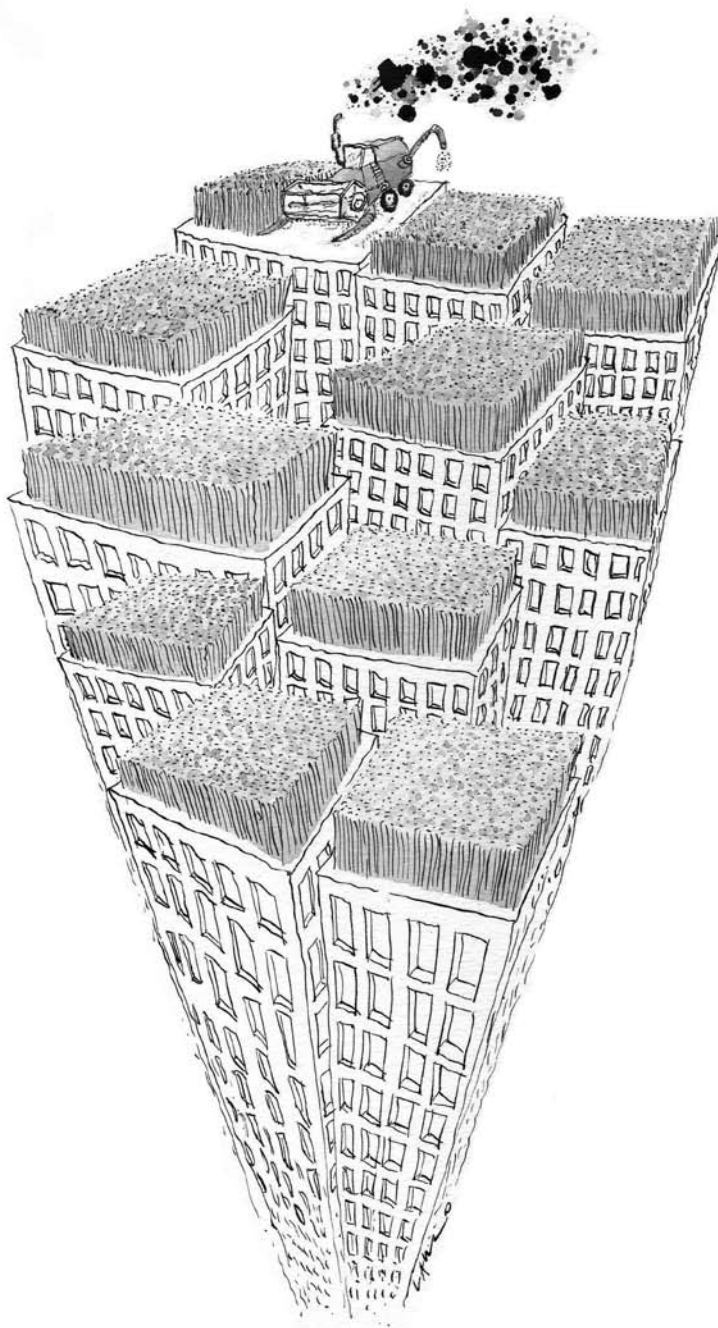
[mache] man nicht ehrenamtlich, [dies sei] ausgeschlossen“, so Weber. „Wir docken uns manchmal an bestehende Initiativen an, z. B. unseren europäischen Verband Friends of the Earth, unterstützen hier und da eine Petition oder verschicken eine Pressemitteilung, aber dann sind unsere Grenzen auch schon erreicht. Das ist zwar nicht gut, es ist sogar sehr schlecht und auch hoch umstritten intern, aber so ist es leider.“ Wie dem Mouvement Ecologique geht es wohl auch den meisten anderen luxemburgischen NGO's, sei es aus dem Umwelt- oder Naturschutz oder dem Entwicklungsbereich. Die Europapolitik haben sie wohl oder übel an ihre internationalen Partnerorganisationen abgegeben.

Doch auch in Brüssel werden die Dachverbände der NGO's oft „nur“ noch als eine Lobbygruppe unter vielen gesehen, beobachtet Stephanie Danielle Roth von ARC2020. Immer mehr würde auch die Legitimität der europäischen NGO's von Politikern hinterfragt werden.

„It's not about lobbyism, it's about democracy!“

Zur Zeit scheinen die sozialen Medien das Allheilmittel des NGO-Campaigning geworden zu sein: Facebook, Twitter, Youtube, Instagram, Newsletter usw. Doch, Hand aufs Herz: wie viele Newsletter werden überhaupt gelesen, wie viele neue Mitsstreiter erreicht man wirklich über Facebook und wer ist überhaupt noch beeindruckt von der x-ten Avaaz.org-Petition?

Stephanie Danielle Roth ist überzeugt, dass Kampagnen wie GO M.A.D. einen sehr großen Impact haben. Die politischen Entscheidungsträger wären es überhaupt nicht gewohnt, dass die Bürger sie mit konkreten Fragen konfrontieren und auch später zur Verantwortung ziehen. In der Tat, gerade Europaabgeordnete verstecken sich gerne hinter vermeintlichen Experten und undurchschaubaren institutionellen Gefügen! „Wir müssen als Vermittlungsagentur den Bürger mit seinem Europaabgeordneten zusammenbringen und ihm so zeigen, dass er nicht einfach machen kann was er will“, so Roth und schlussfolgert: „It's not about lobbyism, it's about democracy!“



Fazit

Am Beispiel der GAP-Reform wird deutlich, wie viele Interessengruppen am langjährigen europäischen Entscheidungs- und späteren Umsetzungsprozess teilhaben. Und es ist empörend zu erkennen, welch enttäuschende Endprodukt sich abzeichnet. Wieder einmal wird die Chance verpasst, eine zukunftsorientierte Agrarwende im Interesse aller durchzusetzen. Der eigentliche Hoffnungsträger, das EP, hat eine blamable Show abgeliefert, indem es sich in den Dienst der Agrarlobby und nicht der Bürger und Bauern gestellt hat.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen erkennen, dass ein großer Teil der Politik auf der undurchsichtigen Bühne der Europäischen Union gemacht wird und dürfen dies nicht länger ignorieren. Es gilt zu veranschaulichen, dass auch die nationalen Akteure (Abgeordnete in Straßburg und die Regierung) in die Entscheidungsprozesse mit eingebunden sind und ihre Verantwortung daran tragen. Die Go M.A.D.-Kampagne hat gezeigt, dass dies möglich ist. ♦

1 Die Positionen der NGO's zur GAP(-Reform) findet man bei den europäischen Bündnispartnern, etwa ARC2020 (www.goodfoodgoodfarming.eu), Birdlife, Friends of the Earth oder Concord ...

2 WWF, „European opinion on the use of public money in the agricultural sector“. Göteborg, Factwise, 2013.

3 ARC2020 ist eine europaweite Plattform von ca. 150 zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Organisationen in über 22 EU-Mitgliedsstaaten mit der Forderung nach einer „richtigen“ GAP-Reform.

4 Im Rahmen der Kampagne „Meng Landwirtschaft – Mäi Choix“, weitere Informationen unter www.meng-landwirtschaft.lu.

5 Weber, Danièle: Reportage im Moiesjournal auf RTL Radio, 14.3.2013.

6 Kieffer, Marcel: „Ein vernünftiger Kompromiss“. In: *Luxemburger Wort*, 13.3.2013.

7 Hier wird ein weiteres Problem deutlich, welches an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden kann. Die etablierte Bauernzentrale monopolisiert mit ihrem Presseorgan *De Lëtzebuurger Bauer* die Meinungsbildung vieler Landwirte. Hier werden allerdings vor allem die Stimmen der konservativen Bauernverbände abgedruckt, wohingegen die kritischeren Ideen der Biobauern und NGO's größtenteils nicht aufgegriffen werden.

8 Thomas, Bernard; Schmit, Laurent, „Interview mit Claude Turmes“. In: *forum*, Juli-August 2012.

9 Thomas, Bernard; Schmit, Laurent, „Interview mit Blanche Weber und Théid Faber“. In: *forum*, Juli-August 2012.

Abstimmungsempfehlung der NGO's zur GAP-Reform und das Votum dazu im Europaparlament

Einhaltung des Greenings als Voraussetzung für die gesamten Direktzahlungen

Vorschlag der Kommission, Änderungsanträge Direktzahlungen 157, 147, 148

✗ Wurde u. a. von EVP, S&D und ALDE, darunter Frank Engel, Robert Goebbels, Charel Goerens und Astrid Lulling abgelehnt.

✓ Claude Turmes (Grüne/EFA) und (außer für 157) Georges Bach (EVP) stimmten dafür.

Fruchtfolge von mindestens 3 Früchten (auch Leguminosen) über 3 Jahre für alle Betriebe, um Monokulturen zu verhindern

Position des Umweltausschusses, Änderungsantrag Direktzahlungen 149

✗ Wurde u. a. von EVP, S&D und ALDE, darunter Georges Bach, Frank Engel, Robert Goebbels, Charel Goerens und Astrid Lulling abgelehnt.

✓ Claude Turmes (Grüne/EFA) stimmte dafür.

Ablehnung des Vorschlags des Agrarausschusses für 3 % ökologische Vorrangflächen

Änderungsantrag Direktzahlungen 65, um 7 % ökologische Vorrangflächen (Vorschlag der Kommission) zu erhalten

✓ Wurde u. a. von EVP, S&D und ALDE, darunter Frank Engel, Robert Goebbels, Charel Goerens und Astrid Lulling angenommen.

✗ Georges Bach (EVP) und Claude Turmes (Grüne/EFA) lehnten ab.

Weiden und Wiesen nicht umzubrechen, soll eine Voraussetzung für die Zahlungen und deshalb in der Verantwortung jedes Landwirts bleiben

Vorschlag der Kommission, Ablehnung des Vorschlags des Agrarausschusses, Änderungsantrag Direktzahlungen 64

✓ Wurde u. a. von EVP, S&D und ALDE, darunter Georges Bach, Frank Engel, Robert Goebbels, Charel Goerens und Astrid Lulling angenommen.

✗ Claude Turmes (Grüne/EFA) lehnte ab.

Keine Doppelzahlungen für eine und dieselbe Leistung

Vorschlag der Kommission, Änderungsantrag Ländliche Entwicklung 144/2

✓ Wurde u. a. von S&D, Grüne/EFA und ALDE, darunter Robert Goebbels, Claude Turmes und Georges Bach (EVP) angenommen.

✗ Frank Engel (EVP), Charel Goerens (ALDE) und Astrid Lulling (EVP) lehnten ab.

Monitoring der globalen Auswirkungen und Einhaltung internationaler Abkommen

Vorschlag des Entwicklungsausschusses, Änderungsanträge Horizontale Verordnung 219-222, Gemeinsame Organisation der Agrarmärkte 470, 473

✗ Wurde u. a. von EVP, S&D und ALDE, darunter Robert Goebbels und Astrid Lulling abgelehnt.

✓ Claude Turmes (Grüne/EFA) stimmte in allen Punkten dafür. Georges Bach, Frank Engel (beide EVP) und Charel Goerens (ALDE) größtenteils.

Endgültige Abschaffung der Exportsubventionen

Vorschlag des Entwicklungsausschusses, Änderungsanträge Gemeinsame Organisation der Agrarmärkte 364-373, 352-363, 406-473

✗ Wurde u. a. von EVP, S&D und ALDE, darunter Georges Bach, Frank Engel, Robert Goebbels und Astrid Lulling abgelehnt.

✓ Charel Goerens (ALDE) und Claude Turmes (Grüne/EFA), sowie einige Male auch Georges Bach (EVP) stimmten dafür.

Quelle: „Voting-Liste“ der GO M.A.D.-Kampagne (www.goodfoodgoodfarming.eu/eventsactions/gomad/parliament-vote-result.html) und www.votewatch.eu. Die Abstimmung fand am 13.03.2013 statt.